

## **Beschluss**

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 10. Juni 2020

### **§ 257** **Jahresrechnung 2019**

(Berichte Regierungsrat, 3.3.2020; Finanzaufsichtskommission, 20.5.2020)

*Samuel Zingg*, Mollis, Kommissionspräsident, beantragt Zustimmung zu den Anträgen von Kommission und Regierungsrat. – Den Beteiligten in den Departementen ist für das Aufbereiten der Rechnung mit den – bis auf wenige Ausnahmen – aussagekräftigen Detailkommentaren zu danken. Besonderer Dank gebührt Regierungsrat Rolf Widmer, Samuel Baumgartner, Sekretär des Departements Finanzen und Gesundheit, und Andreas Schiesser, Leiter Finanzverwaltung, für die Begleitung der Beratung der Jahresrechnung sowie Isabella Mühlemann für die Protokollführung und Dieter Elmer für die Unterstützung beim Verfassen des Kommissionsberichts. Den Mitgliedern der Finanzaufsichtskommission ist die kurze Diskussion zur Rechnung und die ausgiebige Debatte zum Ausblick zu verdanken. – Die Jahresrechnung 2019 schliesst bei einem Aufwand von 454,6 Millionen Franken und einem Ertrag von 456,3 Millionen Franken mit einem Überschuss von 1,7 Millionen Franken ab. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei hohen 161 Prozent. Das entspricht dem Zehnfachen des budgetierten Werts. – Die Prüfung der Rechnung hat zu keinen Vorbehalten geführt. Im Licht der zusätzlichen Abschreibungen im Umfang von über 40 Millionen Franken ist das Ergebnis mehr als nur erfreulich. Diese zusätzlichen Abschreibungen werden die Rechnung 2020 bereits um 4,6 Millionen Franken entlasten. Dieser grosse Überschuss kam aus unterschiedlichen Gründen zustande. Es gibt einmalige Sondereffekte im Umfang von total 20 Millionen Franken. Zu diesen Sondereffekten gehört der Abschluss des Rechtsstreits mit der Axpo und der Buchgewinn aus den Anteilen an der Glarner Kantonalbank, der in der Rechnung ausgewiesen werden muss. Es verbleibt ein struktureller Überschuss von rund 20 Millionen Franken. Der Regierungsrat ging am 3. März 2020 davon aus, dass mit den im Finanzplan vorgesehenen Aufwandsteigerungen von rund 7 bis 8 Millionen Franken – mit einer Sicherheitsmarge sind es 10 Millionen Franken – rund 10 Millionen Franken als Überschuss verbleiben. Deswegen schlug er ein Massnahmenpaket vor. Der Landrat wird dieses im Rahmen der Budgetdebatte diskutieren können. Es geht um Einlagen im Umfang von rund 10 Millionen Franken in verschiedene Fonds und um eine Steuersenkung um 1 Prozent. – Aufgrund der Corona-Krise hat sich die Diskussion in der Kommission nur kurz um den erfreulichen Rechnungsabschluss gedreht. Im Zentrum stand die Zukunft. Die Rechnung 2020 dürfte noch einigermaßen normal ausfallen – auch dank bereits heute bekannten Sondereffekten. Wie die Ertragslage im 2021 aussehen wird, ist hingegen völlig offen. Man wird sich im Rahmen des Budgets der politischen Debatte stellen müssen. – Für die Finanzaufsichtskommission ist klar, dass die Rechnung ohne Änderungsanträge genehmigt werden kann. Sie dankt allen, die durch ihr Handeln und die gute Ausgabendisziplin zum ausserordentlich guten Jahresabschluss beigetragen haben.

*Andreas Schlittler*, Glarus, Kommissionsmitglied, äussert sich namens der Grünen Fraktion zustimmend zur Vorlage. – Die Grüne Fraktion hat sich über den positiven Rechnungsabschluss sehr gefreut. Sie dankt den Ausführenden in den Departementen und in der Kommission für ihr grosses Engagement und ihre ausserordentliche Arbeit. – Einer Punktlandung gleich schloss die Jahresrechnung 2019 mit einem Ertragsüberschuss von 1,7 Millionen Franken ab. Das entspricht dem budgetierten Ergebnis. Rein rechnerisch hätte der Ertragsüberschuss im 2019 noch weit höher ausfallen können. Denn das gute Ergebnis erlaubt zusätzliche, ausserordentliche Abschreibungen von sage und schreibe 41,2 Millionen Franken. – Die positive Rechnung des Kantons Glarus ist kein Einzelfall. Viele Kantone verzeichnen für 2019 ausserordentlich positive Abschlüsse. Dem Bund und den Kantonen lief es in den vergangenen Jahren finanziell sehr gut. Ob das künftig so bleibt, wird sich weisen. – Die Aktie der Glarner Kantonalbank hat sich erfreulicherweise sehr gut entwickelt. Das hat sich rechnerisch deutlich auf die Jahresrechnung 2019 ausgewirkt. Zur Marktwertanpassung kommen die Abgeltung der Staatsgarantie und Dividenden. Aktuell steht der Aktienkurs bei 31 Franken – corona-bedingt tiefer als bei Rechnungsabschluss. Zu den weiteren Verbesserungen in der Jahresrechnung führen die Gewinnausschüttung durch die Schweizerische Nationalbank, das Ergebnis aus dem Stromhandel und die höheren Steuererträge. Verschlechterungen ergeben sich aus den Beiträgen an Spitäler, Platzierungen im Bereich Kinder- und Jugendschutz, Entschädigungen im Bereich Justizvollzug sowie bei den Ergänzungsleistungen. – Ein alljährliches Thema sind die ausstehenden Amortisationen der Sportbahnen Elm und Braunwald. Bereits im vergangenen Jahr wurde eindringlich darauf hingewiesen. Der Kanton hat 2017 bereits 4 Millionen Franken wertberichtigt. Anstrengungen mit Blick auf Amortisationszahlungen und Schuldentilgung waren auch im 2019 nicht zu verzeichnen. Es scheint offensichtlich kein Wille zu einer Praxisänderung vorhanden zu sein, obwohl gemäss Medienberichten bei den Sportbahnen Elm sehr gute Geschäftsjahre zu verzeichnen waren. Wenn immer noch von einem kompletten Verzicht auf die Darlehen ausgegangen wird, möchte die Grüne Fraktion den Regierungsrat eindringlich bitten und darin bestärken, standhaft zu bleiben und die Schuldentilgung nur im Rahmen der zuvor gesetzten Grenzen einzugestehen. Ansonsten muss man sich die generelle Frage stellen, welche Signale an andere Schuldner ausgesendet werden. – Es kann gut sein, dass künftig stärker auf die Finanzen geachtet werden muss. Auch wenn sich die Corona-Krise möglicherweise noch nicht im 2020 wirtschaftlich auswirken wird – die Einnahmen aus der Einkommenssteuer werden in den kommenden Jahren vermutlich tiefer ausfallen. Wie hoch diese Einnahmen sein werden, kann nicht abgeschätzt werden. Zu viel ist heute noch offen. Die Grüne Fraktion ist deshalb der Meinung, dass die vorgesehenen Fonds nicht oder noch nicht geöffnet werden sollen, da künftige Bedürfnisse heute nicht klar ersichtlich sind. Zu hoffen ist, dass der Virus nicht zurückkehrt.

*Hans Jenny*, Ennenda, an der Kommissionssitzung anwesendes Ersatzmitglied, fordert den Regierungsrat auf, an der geplanten Finanzstrategie festzuhalten. – Die FDP-Fraktion ist über das positive Ergebnis sehr erfreut. Dieses ist die Konsequenz eines vernünftigen Umgangs mit den finanziellen Ressourcen in der Vergangenheit. Das zeigt sich nicht nur im Abschluss 2019 eindrucklich. Der FDP-Fraktion ist jedoch bewusst, dass die Rechnung auch von Sondereffekten positiv beeinflusst wurde, auf welche die Politik nur sehr wenig Einfluss hatte. Wichtig ist nun, in die Zukunft zu schauen. Die Finanzstrategie des Regierungsrates sieht für die nächsten Jahre Steuersenkungen vor. Die FDP-Fraktion unterstützt diese Strategie mit Nachdruck. Sie stärkt die Kaufkraft im Glarnerland auf breiter Ebene. Die FDP-Fraktion unterstützt ebenfalls die geplanten Investitionen. Diese sind unbedingt umzusetzen, wenn nicht sogar auszubauen. Die Glarner Unternehmen mit ihren Angestellten werden dies dankbar zur Kenntnis nehmen. Sollte sich der Regierungsrat vom geplanten Kurs in die falsche Richtung abwenden, wird sich die FDP-Fraktion dagegen wehren. Eine Kursänderung mitten im grössten Sturm kommt selten gut. So, wie es aktuell aussieht, befindet man sich erst am Rande des Sturms. Und auch heute gilt noch: Wer ernten will, muss Steuern senken.

*Ruedi Schwitter*, Näfels, Kommissionsmitglied, spricht sich namens der BDP/GLP-Fraktion für Zustimmung zu den Anträgen von Kommission und Regierungsrat aus. – Der Regierungsrat spricht von einem sehr erfreulichen Ergebnis und einer hervorragenden finanziellen Verfassung des Kantons. Vor allem in der Budgetphase warf der Regierungsrat in der Vergangenheit jeweils selten mit solchen Adjektiven um sich. – Die Differenz zwischen Budget und Rechnung 2019 ist fast gleich null. Ein solches Ergebnis ist einfach zu erreichen, wenn man so viel Spielraum hat. Bereits konnten künftige Rechnungen dank zusätzlicher Abschreibungen um mehr als 4 Millionen Franken entlastet werden. Es darf aber nicht vergessen werden, dass ein grosser Teil des Überschusses auf einmalige Effekte zurückzuführen ist. Der Buchgewinn auf den Aktien der Glarner Kantonalbank in Höhe von 10,7 Millionen Franken dürfte nicht einfach so jedes Jahr eintreten. Auch die Auflösung der Rückstellungen im Zusammenhang mit dem Rechtsstreit um das Pumpspeicherwerk Linth-Limmern sowie die Mehrwertsteuern dürfte einmalig gewesen sein. – In seinem Bericht von anfangs März macht der Regierungsrat für 2020 eine positive Prognose. Ob das angesichts der Coronavirus-Pandemie und der ausserordentlichen Lage noch zutrifft, ist abzuwarten. Der Kanton hat in den vergangenen Jahren aber die Voraussetzungen geschaffen, um in den kommenden, voraussichtlich eher schwierigen Jahren über die Runden zu kommen. Die im regierungsrätlichen Bericht angedachten Speisungen und Neueröffnungen von Fonds dürften künftig wohl nicht nur in der Finanzaufsichtskommission für Diskussionsstoff sorgen.

*Markus Schnyder*, Netstal, Kommissionsmitglied, votiert stellvertretend für die SVP-Fraktion für Zustimmung zu den Anträgen von Kommission und Regierungsrat. – Trotz des Coronavirus und des neuen Sitzungsorts ist ein gewohntes, aber nicht unerfreuliches Bild zu sehen: Das Budget ist stets düster, die Rechnung dafür umso besser. Dem Regierungsrat und der Verwaltung ist für das gute Ergebnis zu gratulieren. Auch wenn dieses einige einmalige Effekte beinhaltet, ist es wirklich hervorragend. Wie schnell sich die Zeiten ändern können, musste man in den vergangenen Monaten aber schmerzlich erfahren. Der viel zitierte Lieblingspruch des Finanzdirektors – «Spare in der Zeit, so hast du in der Not» – zeigt auch die andere Seite auf. Der Kanton steht jetzt offensichtlich vor einer Phase der Not. Dass der Kanton und der Bund aus dem Vollen schöpfen können, ist der Verdienst des Sparens in der Zeit. – Mit der Rechnungsabnahme geht gewöhnlich ein Blick in die Vergangenheit einher. Viel wichtiger ist aber der Blick in die Zukunft. Auch wenn sie heute nicht zur Debatte steht, ist es wichtig, dem Regierungsrat für seine Zukunftsplanung die Stossrichtung vorzugeben. So müssen die Anliegen nicht erst im Budgetprozess eingebracht werden. Wie die FDP-Fraktion auch, möchte die SVP-Fraktion an der vom Regierungsrat angedachten Steuersenkung zwingend festhalten. Diese soll im Sinne einer Initialzündung die drohende Rezession in einen Aufschwung verwandeln. Auch will die SVP-Fraktion an den Einlagen in die diversen Fonds festhalten – im Wissen darum, dass dies nicht bei allen Freuden sprünge auslöst, vor allem bei den Freunden des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells 2. Dieses sieht grundsätzlich keine Fondsbildung vor. Es handelt sich bei diesen Einlagen aber um Investitionen in die Zukunft. Sie erlauben auch in schwierigen Zeiten einen gewissen Spielraum. Es gibt nicht nur den Energiefonds, sondern auch Fonds zur Unterstützung der Wirtschaft oder Arbeitslosen. – Dem Regierungsrat ist der nötige Weitblick und eine gewisse Portion Mut zu wünschen. Sollte es an einen oder anderen fehlen, steht die SVP-Fraktion gerne mit Rat und Tat zur Seite.

*Christian Marti*, Glarus, votiert als Präsident der vorberatenden Spezialkommission Touristische Kerninfrastrukturen / Ausbauprojekt «Futuro». – Landrat Andreas Schlittler ging auf die Investitionshilfe-Darlehen der Sportbahnen Elm und Braunwald ein. Es ist wichtig, dass der Landrat nicht vorschnell in einer Diskussion zur Jahresrechnung eine bestimmte Haltung zum Umgang mit den Investitionshilfe-Darlehen zementiert. Der Regierungsrat hat sich sorgfältig, seriös und vertieft mit den Gesuchsunterlagen zum Projekt «Futuro» und damit auch erneut mit dem Umgang mit den Investitionshilfe-Darlehen der beiden Sportbahnen auseinandergesetzt. Daraus entstanden ist ein Prüfbericht zuhanden des Landrates, der den Ratsmitgliedern vorliegt. Die Finanzaufsichtskommission und die Spezialkommission stehen in Kontakt und setzen sich ebenfalls sehr sorgfältig und intensiv mit dem Prüfbericht des

Regierungsrates auseinander. Der Landrat wird sich zu gegebener Zeit – noch nicht an der Juni-Sitzung – auf einer sehr seriösen Grundlage mit dem Thema auseinandersetzen. – Die Investitionshilfe-Darlehen bzw. die zugrundeliegende Gesetzgebung betraf damals die Förderung des Berggebiets. Der Bund hat mit Unterstützung des Kantons Investitionen und damit Wertschöpfung und Arbeitsplätze in den Berggebieten gefördert. Damit trug er zum Erhalt der dezentralen Besiedlung der Schweiz bei. Diese Gesetzgebung wurde in der Zwischenzeit durch die Neue Regionalpolitik abgelöst. Die Investitionshilfe-Darlehen sind heute in der Kantonsrechnung wertberichtigt. Sie wurden teilweise durch die Sportbahnen amortisiert. Zu danken ist dafür, dass Haltungen und Meinungen nicht vorschnell zementiert werden.

Regierungsrat *Rolf Widmer* beantragt Zustimmung zu den Anträgen von Kommission und Regierungsrat. – Die Kommission hatte eine undankbare Aufgabe: Sie musste eine Vorlage beraten, die von den Ereignissen überholt wurde. Anfangs März war die Welt noch in Ordnung, die Zukunftsaussichten gut. Und dann kam der Coronavirus. Die Aussichten sind trüber geworden. Aber man weiss, dass die Ausgangslage gut ist, dass Reserven für die kommenden unsicheren Zeiten da sind. – Der Coronavirus wird in der Schweiz und auch im Kanton Glarus dazu führen, dass die Arbeitslosigkeit steigt, dass die Steuereinnahmen sinken und dass die Ausgaben für die Sozialhilfe und die Prämienverbilligung früher oder später steigen. Diese Effekte gehen vorüber. Wie gross die durch den Virus verursachten Schäden sind und wie lange deren Beseitigung dauert, kann heute niemand sagen. – Der Kanton Glarus ist für die kommenden Herausforderungen gut gerüstet. Er verfügt über Reserven wie kein anderer Kanton, um die Unsicherheiten zu meistern. – Die Landräte Schnyder und Jenny forderten, dass der Regierungsrat den Kurs beibehalten soll. Der Regierungsrat verfolgte stets eine nachhaltige Finanzpolitik. Daran möchte er festhalten. Man kann im Rahmen des Budgets selbstverständlich über Steuersenkungen diskutieren. Es wird jedoch einige Kantone – vermutlich auch der Bund – geben, die Sparmassnahmen und möglicherweise auch Steuererhöhungen ab 2022 diskutieren werden. Das ist ein Szenario. Der Regierungsrat sollte keine erratische Finanzpolitik betreiben, indem im einen Jahr die Steuern gesenkt werden, nur um drei Jahre später festzustellen, dass die Steuern wieder erhöht werden müssen. Wenn die Konsumenten wissen, dass die Steuern wieder steigen werden, werden sie ihr Geld nicht ausgeben. In unsicheren Zeiten sparen die Konsumenten. – Im 2021 werden die Steuern bereits sinken. Der Bausteuerzuschlag wird reduziert. Zudem senkt der Kanton Glarus seine Steuern seit 15 Jahren. Damals rangierte Glarus noch an 25. Stelle. Inzwischen nimmt er den siebten oder achten Rang ein. Der Regierungsrat hat bisher also einen konsequenten Kurs verfolgt. Jetzt gilt es aber auch, auf die aktuellen Zeiten Rücksicht zu nehmen. Auch wenn der Regierungsrat gerne Steuern senken würde, muss er abwägen. Die Ausgaben werden aufgrund der Corona-Krise ansteigen. Das lässt sich nicht beeinflussen. Bereits heute lassen sich viele Ausgaben, etwa im Bereich des Gesundheits- oder Sozialwesens, nicht steuern. – Die Investitionshilfe-Darlehen, die Landrat Andreas Schlittler erwähnt hat, sind nicht unbedingt ein Thema der Jahresrechnung, sondern vielmehr der Vorlage betreffend das Projekt «Futuro». Diese wird nach den Sommerferien diskutiert. – Die Jahresrechnung 2019 ist auch aus Sicht des Regierungsrates sehr erfreulich. Die Party ist jetzt jedoch vorbei. Im 2020 wird der Kanton mit etwas Glück mit einem blauen Auge davonkommen. Im 2021 werden die Ausgaben höher sein als die Einnahmen. Über die Steuern und Sparprogramme wird man in Zukunft diskutieren müssen – im Bewusstsein, dass der Kanton Glarus für die Zukunft gut gerüstet ist. – Zu danken ist der Kommission unter dem Präsidium von Landrat Samuel Zingg für die sachliche und konstruktive Diskussion.

## **Detailberatung**

Das Wort wird nicht verlangt. Den Anträgen von Kommission und Regierungsrat ist zugestimmt.